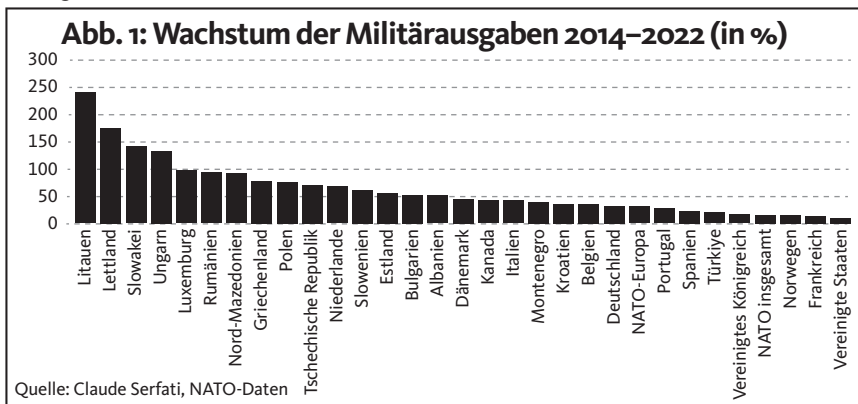


Der Krieg in der Ukraine und die Militarisierung der Europäischen Union

Die zunehmende Militarisierung der Europäischen Union begann Mitte der 2010er Jahre, also lange vor dem Ausbruch der Aggression des russischen Imperialismus gegen die Ukraine.¹ Dieser Krieg beschleunigt die Militarisierung der EU und nicht nur ihrer Mitgliedsstaaten. Er stärkt die Kompetenzen der Kommission in Verteidigungsfragen und führt zu einem massiveren Einsatz des militärischen Hebels durch die EU, was zu einer Reflexion über die Natur der europäischen Imperialismen führt.

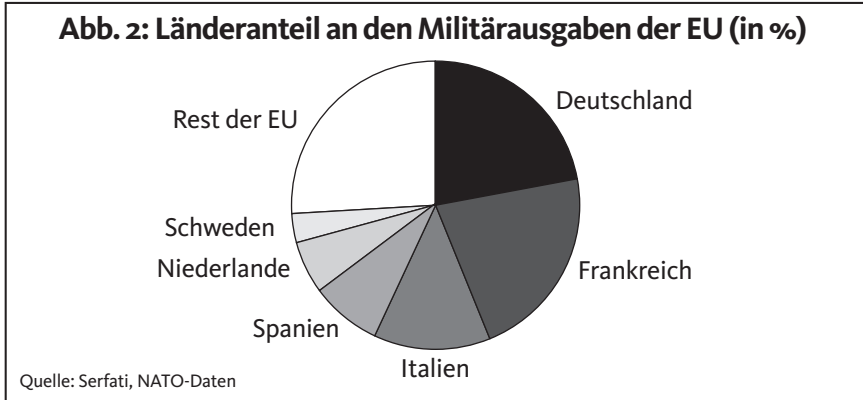
Die Militarisierung der EU setzt den Krieg in der Ukraine voraus

Die Militarisierung der EU-Länder hat lange vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 begonnen. Dies widerlegt das verlogene Gerede von der »Sorglosigkeit« der EU angesichts der Bedrohungen in der Welt. Abbildung 1 beschreibt die Entwicklung der Militärausgaben zwischen 2014 und 2022 der NATO-Länder, denen die meisten europäischen Länder angehören. Sie stiegen von 162 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 214 Milliarden Euro im Jahr 2022, was einem realen Anstieg um 32% entspricht.² Die Gesamtausgaben der NATO sind in konstanten Dollars um 15% gestiegen, die der europäischen Länder (in der Grafik mit Kanada verbunden) jedoch um 31%. Der Anstieg ist spektakulär, insbesondere für die baltischen Staaten sowie für die mittel- und osteuropäischen Länder (Slowakei, Ungarn, Rumänien, Polen usw.) (Abbildung 1). Die European Defence Agency (EDA) begrüßt, »dass die Verteidigungsausgaben insgesamt den wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie standgehalten haben«.



1 Siehe Claude Serfati, »Das Zeitalter des Imperialismus geht weiter: Der Beweis von Putin«, emanzipation, 7.1, März 2023.
2 <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2022/12/08/european-defence-spending-surpasses-200-billion-for-first-time-driven-by-record-defence-investments-in-2021#>

Die Dynamik der Militarisierung im Jahrzehnt 2010 ist also unbestreitbar. Doch wie sieht es nicht mit der Entwicklung, sondern mit dem Niveau der Militärausgaben der EU-Länder aus? Die Antwort steht außer Zweifel. Eine kleine Minderheit von Ländern konzentriert den Großteil der Militärausgaben der EU auf sich. Im Jahr 2022 machten die Militärausgaben von sechs Ländern (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Niederlande und Schweden) drei Viertel der Ausgaben der gesamten EU aus, während die übrigen 21 Länder nur ein Viertel der Gesamtausgaben ausmachten (Abbildung 2).



Im Einzelnen stechen Deutschland mit 22% und Frankreich mit 21,7% der Militärausgaben der EU hervor. Italien liegt mit 13,1% der Militärausgaben weit dahinter. Auf diese drei Länder entfällt die Hälfte aller Ausrüstungsausgaben, die entweder für den Erwerb von im Land hergestellten Waffensystemen oder für deren Einfuhr verwendet werden (der andere Teil des Militärhaushalts besteht aus Betriebsausgaben, hauptsächlich für die Gehälter der Angehörigen der Streitkräfte).

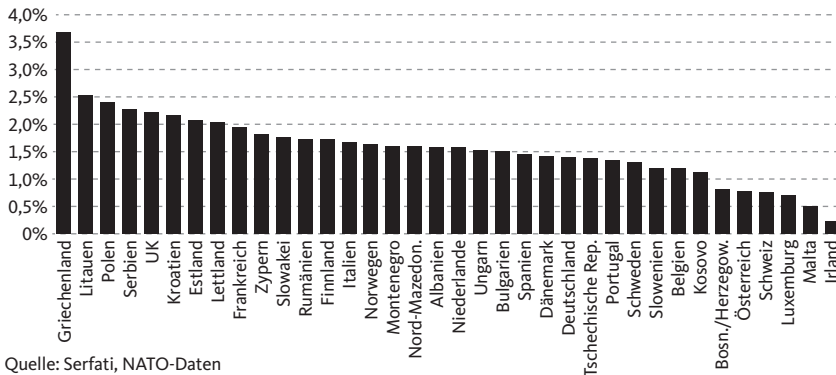
Die wirtschaftliche und militärische Macht eines Landes bleiben daher in der heutigen Welt eng miteinander verbunden. Dennoch lassen sich selbst innerhalb dieser drei Länder signifikante Unterschiede im militaristischen Appetit erkennen. Ein Hinweis darauf ist die Höhe der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung (die als Motor für die Entwicklung und Produktion hochentwickelter Waffensysteme dienen). Im Jahr 2021 entfielen auf Frankreich 71% und auf Deutschland 22% der F&E-Ausgaben der gesamten EU, während die folgenden vier Länder 1% oder weniger dieser Ausgaben tätigten (Quelle: EDA).

Schließlich ist es sinnvoll, den Druck zu analysieren, den die Militärausgaben auf die Wirtschaftstätigkeit eines Landes ausüben.³ Das Verhältnis von Militärausgaben zum BIP spiegelt diesen Druck, wenn auch nur unvollkommen, wider. Wie Abbildung 3 (die sich auf alle europäischen Länder und nicht nur auf die EU bezieht) zeigt, sind die Unterschiede im Jahr 2022 beträchtlich, da Griechenland einen fünfmal so hohen Anteil seines BIP für Militärausgaben ausgibt wie Malta (3,7% gegenüber

3 Dieser Indikator ist sehr kritisierbar, insbesondere aufgrund der Verwendung des BIP als Indikator für Wohlstand.

0,5%). Auch zwischen Frankreich (1,9% des BIP im Jahr 2021) und Deutschland (1,5%) ist ein Unterschied in der Abschöpfung des BIP zu beobachten (NATO-Daten).

Abb. 3: Militärausgaben/BIP der europäischen Länder (2022)



Die Entwicklung seit der russischen Invasion in der Ukraine

Der Krieg in der Ukraine wird natürlich zu einer erheblichen Beschleunigung der weltweiten Militärausgaben führen. Der asiatisch-pazifische Raum ist die Region, in der die Militärausgaben im Jahrzehnt 2010 am stärksten gestiegen sind, und es wird erwartet, dass sie auch bis 2030 den größten Zuwachs verzeichnen werden. Die NATO-Länder bleiben jedoch bei weitem die am stärksten militarisierten Länder, da ihre Militärausgaben 2022 mehr als die Hälfte der weltweiten Militärausgaben ausmachten und allein auf die USA mehr als ein Drittel der weltweiten Gesamtausgaben entfielen. Zwischen 2021 und 2026 dürften die Gesamtausgaben der NATO gemäß zwei Szenarien, die von McKinsey nach der russischen Invasion neu bewertet wurden (»updated«), von 375 auf 453 Milliarden US-Dollar steigen, was einem Anstieg von 23 bis 28% entspricht.⁴

Die kumulierten Ankündigungen der Regierungen der EU-Mitgliedsländer führen bis 2025 zu einer Erhöhung der europäischen Verteidigungsbudgets um rund 200 Milliarden Euro.⁵ Polen hat ein Gesetz verabschiedet, das die Militärausgaben bis 2030 von derzeit 2,5% auf 3% des BIP anhebt, und beschließt, die Streitkräfte um etwas mehr als 100% auf 300.000 Soldaten aufzustocken.⁶

Bundeskanzler Scholz hat angekündigt, dass der deutsche Haushalt um 100 Milliarden Euro aufgestockt werden soll, aber es gibt Fragen über das Tempo und das tatsächliche Engagement, da diese von der Zustimmung der Parlamentarier abhängen.

4 McKinsey, »Invasion of Ukraine: Implications for European defense spending«, December 19, 2022, <https://www.mckinsey.com/industries/aerospace-and-defense/our-insights/invasion-of-ukraine-implications-for-european-defense-spending>

5 European Defence Agency, »2022 Coordinated Annual Review On Defence Report«, novembre 2022, <https://eda.europa.eu/docs/default-source/eda-publications/2022-card-report.pdf>

6 <https://www.trade.gov/market-intelligence/polands-defense-spending>

Anders ist die Situation in Frankreich, wo die Institutionen der fünften Republik, die 1958 von de Gaulle geschaffen wurden, der Armee eine zentrale Stellung und dem Staatspräsidenten Allmacht in Verteidigungsfragen einräumen.⁷ Das Parlament hat gerade das Militärprogrammgesetz (LPM) 2024-2030 in Höhe von 413 Milliarden Euro verabschiedet, wovon 293 Milliarden Euro für Ausrüstungsausgaben vorgesehen sind. Dieses LPM bedeutet eine Erhöhung um 50% im Vergleich zum aktuellen Gesetz (2019-2024), das bereits um 50% im Vergleich zum vorherigen Gesetz erhöht worden war. Da es kein magisches Geld gibt und die Regierung Macron die Steuern für wohlhabende Haushalte und Unternehmen massiv gesenkt hat, bedeutet dies, dass der Anstieg der Militärausgaben ursprünglich durch die Politik des »Was auch immer es kostet« (whatever it takes), d. h. durch einen erheblichen Anstieg der Verschuldung, finanziert wurde. Die Forderungen des Kapitals, die von den Ratingagenturen formuliert wurden, die Frankreich im Frühjahr 2023 herabstufen, veranlassen die Regierung Macron, die öffentlichen Ausgaben für soziale Zwecke zu kürzen. Im Namen eines auf 11 Milliarden Euro geschätzten Defizits des Rentensystems im Jahr 2030 (das übrigens von Experten bestritten wird) hat er (ohne Abstimmung) ein Gesetz verabschiedet, das die Arbeitszeit von 62 auf 64 Jahre verlängert. Zum Vergleich: Für die im LPM 2024-2030 verankerten Militärausgaben müssen 120 Milliarden mehr aufgebracht werden als im vorherigen LPM.

Der Zuständigkeitsgewinn der Kommission im Bereich der Verteidigung

Wenn man sich vor Augen führt, dass der Vertrag von Rom zur Gründung der EU die Verteidigung als eine Angelegenheit ansah, die ausschließlich in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fiel⁸, kann man den Aufstieg der Kommission in Verteidigungsfragen richtig einschätzen. Daher müssen die Faktoren, die ihre Präsenz ermöglicht haben, näher erläutert werden. Die Kommission erfüllt eine Rolle in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Geoökonomie. Erstens ist sie für die Angleichung des ‚Spiel­felds‘ (level playing field) zuständig, indem sie gemeinsame Regeln aufstellt, die für europäische Unternehmen verbindlich sind. Zweitens koordiniert sie die von den Regierungen organisierten Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte im Namen der »wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit« und der »verantwortungsvollen Verwaltung« der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten, auf die ihr Einfluss in Absprache mit dem Rat zugenommen hat. Schließlich organisiert sie den kollektiven Schutz der Interessen der nationalen Kapitalismen, nicht nur gegen Gegner und ‚systemische Rivalen‘ wie China, sondern auch gegen verbündete Länder (USA, Japan usw.), die dennoch wirtschaftliche Konkurrenten bleiben. Dies sind drei Faktoren, die die Existenz der Kommission und der anderen EU-Institutionen als soziale Gruppe begründen.

7 Siehe Claude Serfati, *L'Etat radicalisé. La France à l'ère de la mondialisation armée*, 2022, La fabrique Editions, Paris.

8 Artikel 223 der Römischen Verträge, übernommen in Artikel 346 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, besagt: Jeder Mitgliedstaat kann die Maßnahmen ergreifen, die seines Erachtens für die Wahrung seiner wesentlichen Sicherheitsinteressen erforderlich sind, soweit sie die Erzeugung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial oder den Handel damit betreffen; diese Maßnahmen dürfen auf dem Binnenmarkt die Wettbewerbsbedingungen hinsichtlich der nicht eigens für militärische Zwecke bestimmten Waren nicht beeinträchtigen.

Die Kommission hat, wie jede Bürokratie, ihren sozialen Status genutzt, um endogene Mechanismen des Selbstwachstums zu entwickeln. Ihr Einfluss zeigt sich weniger im Zuwachs an beschäftigten Mitarbeitern (obwohl deren Zahl von 2.600 im Jahr 1959 auf 32.000 Festangestellte im Jahr 2023 gestiegen ist) oder in ihrem Verwaltungshaushalt (82,5 Milliarden Euro von 18 Milliarden Euro des EU-Haushalts für den Zeitraum 2021-2027) als vielmehr in den Vorschlägen und dem Erlass von Regulierungsmaßnahmen (Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen). Die in der Mainstream-Literatur so beliebte »normative« Macht der EU (siehe unten) drückt sich in der Vielzahl von Verordnungen, Richtlinien, Beschlüssen usw. aus, die die Macht der Brüsseler Bürokratie festigen.

Die Selbstexpansion einer Bürokratie beruht jedoch nicht nur auf ihrem eigenen Willen, sondern ist mit den wirtschaftlichen und geopolitischen Veränderungen in ihrem Umfeld verbunden, die sie begünstigen oder behindern. In Verteidigungsfragen blieb die Kommission so lange ohne große Bedeutung, wie es keine Entscheidung der Mitgliedstaaten gab, sie eine Rolle spielen zu lassen. Ihr – vorsichtiges – Auftreten erfolgte nach dem Verschwinden der UdSSR. In den 1990er Jahren stieg die Kommission über die so genannten »dualen« Technologien (für militärische und zivile Zwecke) in Verteidigungsfragen ein und argumentierte, dass diese in ihren Zuständigkeitsbereich fielen, da ein wichtiger Teil ihrer Kompetenzen die Finanzierung der Technologiepolitik (Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung, Framework Programme) betraf. Die besonders geförderten Industriesektoren waren die Luft- und Raumfahrt sowie die Sicherheit. Die Initiativen der Kommission wurden von der DGA, dem industriellen Arm des französischen Verteidigungsministeriums, stark gefördert. Wie ich bereits an anderer Stelle erläutert habe⁹, versuchten die französischen Regierungen, die Schwäche Frankreichs gegenüber Deutschland im wirtschaftlichen Bereich auszugleichen, indem sie versuchten, die militärische Stärke Frankreichs zu einem »komparativen Vorteil« in der EU-Verteidigungspolitik zu machen.

Dieses Eindringen der Kommission über die Rüstungsindustrie wurde ab Ende der 1990er Jahre von der schrittweisen Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch den Rat begleitet. Das Dokument »Europäische Sicherheitsstrategie. Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«, das 2003 von J. Solana, der einige Jahre zuvor NATO-Generalsekretär gewesen war, vorgelegt wurde, stellte einen Wendepunkt für die EU dar. Er übernahm in seinen Grundzügen das Dokument, das die Regierung von G. Bush nach dem 11. September 2001 verabschiedet hatte, insbesondere zum »Krieg gegen den Terrorismus« und generell zur Vielfalt der wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Bedrohungen, die sich gegen die EU richteten. Der größte Unterschied zwischen den beiden Seiten des Atlantiks bestand darin, dass das EU-Dokument an den Multilateralismus erinnerte, während die US-Regierung für »Präventivschläge« eintrat, wie sie es 2003 im Irak demonstrierte.

Die Kommission stützte sich auf dieses Gründungsdokument, um verteidigungsbezogene Gemeinschaftsprogramme einzuleiten, die mit immer mehr Finanzmitteln ausgestattet wurden. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Kommission im Be-

9 Siehe Claude Serfati »Defence as France's Competitive Advantage in the European Union«, in: Kees van der Pijl (Hrg.), *The Militarization of the European Union*, Cambridge Scholars Publishing, Newcastle upon Tyne, 2021.

reich der militärbezogenen Technologien stark vertreten war, indem sie beispielsweise 2007 ein Programm für Forschung und Entwicklung im Bereich der Sicherheit auflegte, ging sie Ende der 2000er Jahre einen Schritt weiter, indem sie sich mit den »Rüstungsmärkten« befasste. Sie argumentierte, dass dies in ihren Zuständigkeitsbereich falle, und zwar im Namen der wirtschaftlichen Effizienz, der Verschwendung durch doppelte Waffenproduktion in verschiedenen Mitgliedstaaten und schließlich der notwendigen Öffnung des öffentlichen Auftragswesens für den Wettbewerb (»public procurement«). In einer Mitteilung von 2013 wurde der Übergang von ihrer Rolle in der Verteidigungsforschung und -entwicklung zu ihrem neuen Interesse an Beschaffungsfragen folgendermaßen begründet: Die Kommission »wird mit der EEAS eine gemeinsame Bewertung der erforderlichen dual use Kapazitäten für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU erarbeiten. Auf der Grundlage dieser Bewertung wird sie einen Vorschlag vorlegen, welche Kapazitätsbedürfnisse, wenn überhaupt, am besten durch direkt von der Union beschaffte, besessene und betriebene Vermögenswerte erfüllt werden könnten.¹⁰

Die Kommission war sogar so von ihrer eigenen Stärke überzeugt, dass sie versuchte, in die Kompetenzen der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) einzugreifen. Dabei war diese Agentur 2004 vom Rat – also von den Vertretern der Mitgliedsstaaten – gerade als Gegengewicht zu den grenzenlosen Ambitionen der Kommission in Verteidigungsfragen geschaffen worden. Die Kommission reagierte auf die Schwächungsversuche des Rates, indem sie den Mitgliedsstaaten mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof drohte, wenn sie ihre Verteidigungsbeschaffungspolitik nicht »im Rahmen der Binnenmarktgesetzgebung« (»under ‚the realm of single market legislation‘«)¹¹ änderten.

Mehrere Programme bestätigen, dass die Kommission vor dem Krieg in der Ukraine in Verteidigungsfragen an Macht gewann. Das European Defence Industrial Development Programme (EDIDP), das 2019 gestartet wird und mit 500 Millionen Euro ausgestattet ist, soll die Zusammenarbeit und die Wettbewerbsfähigkeit der Verteidigungsindustrie fördern. Der 2021 angekündigte European Defence Fund (EDF) setzt die Beschlüsse des vom Rat verabschiedeten Dokuments ‚Strategic Compass‘ um, das seinerseits auf der von der Kommission 2020 verfassten Security Union Strategy basiert. Das Budget des EDF wird von der Kommission verwaltet und stellt mit 9.644 Milliarden Euro (9.644 Billionen) für den Zeitraum 2021-2027 einen Bruch mit den vorherigen EU-Verteidigungsprogrammen dar.

Der Krieg in der Ukraine ermöglicht es der Kommission auch, ein altes Vorhaben in Bezug auf die Beschaffungspolitik zu bestätigen. Das Vereinigte Königreich hatte sich 2013 erfolgreich gegen die Forderung der Kommission nach einer Beteiligung an Fragen der gemeinsamen Beschaffung (Joint procurement) gewehrt. Zehn Jahre später hat die Kommission ihre Legitimität in dieser Frage durchgesetzt. Der Krieg in der Ukraine hat also eine Entscheidung beschleunigt, die die Kommission seit mehre-

10 European Commission, Communication »Towards a more competitive and efficient defence and security sector«; SWD(2013) 279 final, p.12.

11 Daniel Fiott, 2015. »The European Commission and the European Defence Agency: A Case of Rivalry«, *Journal of Common Market Studies*, 53(3), May, p.552.

ren Jahren anstrebt.¹² Der Vorschlag der Kommission wird heute vom Europäischen Parlament unterstützt, das die Mitgliedstaaten aufgefordert hat, »den politischen Willen zu einer verstärkten Beschaffung innerhalb der EU zu demonstrieren... und gemeinsame FuE und Beschaffungen im Verteidigungsbereich zu nutzen, um die Interoperabilität zwischen ihren Streitkräften zu verbessern«. Dementsprechend stellt die Kommission ein Budget von 500 Millionen Euro für zwei Jahre bereit, um den ‚Defence Industrial Reinforcement through common Procurement Act (EDIRPA)‘ umzusetzen, der als Folge des Krieges in der Ukraine verabschiedet wurde.

Schließlich trieb die Kommission die Militarisierung der EU weiter voran, indem sie ein Budget von 500 Millionen vorschlug, das es ermöglicht, Unternehmen zu finanzieren, damit sie ihre Waffenproduktion für die Ukraine erhöhen. Dieser Vorschlag scheint gegen Artikel 41(2) des Vertrags über die Europäische Union (EUV) zu verstoßen, der es verbietet, »Ausgaben im Zusammenhang mit Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen« aus dem Haushalt der Union zu finanzieren. Thierry Breton antwortete: »Ja, Investitionen in unsere Verteidigung ermöglichen es uns, unsere Demokratie zu verteidigen. Und das ist es, was wir unseren Mitbürgern sagen müssen.« Aus diesem Grund ist er der Ansicht, dass der EU-Vorschlag nicht gegen die Regeln des TEU verstößt.¹³ Breton ist ein perfekter Vertreter der französischen Eliten, deren Mitglieder mit häufigem Hin und Her zirkulieren zwischen Großkonzernen und dem Staatsapparat und die das bilden, was ich als ‚kapitalistische Beamte‘ bezeichne, deren starke zwischenmenschliche Verbindungen die Beziehungen zwischen dem Staat und den Großunternehmen stärken. Er war Minister unter Sarkozy und später CEO des ATOS-Konzerns, der Sicherheitstechnologien entwickelt und herstellt. Er verkörpert auch den von Ursula von der Leyen für November 2019 angekündigten »geopolitischen Moment« der Kommission, da zum ersten Mal die GD für den Binnenmarkt, der er vorsteht, ihre verteidigungsbezogenen Kompetenzen erhält.¹⁴ Schließlich war die Ernennung Bretons und die Erweiterung der Kompetenzen seiner GD Gegenstand intensiver Lobbyarbeit seitens E. Macrons. Er bestätigt die Hartnäckigkeit der französischen Regierungen, ihren Einfluss bei der Militarisierung der EU zu erhöhen. T. Breton erinnerte kürzlich vor einem einflussreichen (überparteilichen) amerikanischen Think Tank an den Schwerpunkt seiner Industriepolitik: »Ich kann ihnen versichern, dass ein stärkeres Europa in der Verteidigung auch eine stärkere NATO bedeutet, die weiterhin im Zentrum der europäischen Sicherheit stehen wird.«¹⁵

Die hier angeführten Beispiele sollen nicht suggerieren, dass die Kommission die Mitgliedstaaten in ihren Verteidigungskompetenzen »überholt« und nun ihre Allmacht durchsetzt. Die Regierungen der mächtigsten Länder sind in Verteidigungs-

12 Zitiert bei Sebastian Clapp, »Act in support of ammunition production (ASAP)«, European Parliamentary Research Service (EPRS) PE 749.782, June 2023, p.4.

13 Henry Foy, »Brussels backs use of EU budget to fund arms factories in Brussels«, Financial Times, May 3 2023.

14 https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/es/speech_19_6408 et Mission Letter to Commissioner Internal Market, 1^{er} décembre 2019.

15 https://csis-website-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/2023-02/ts230127_Breton_Transatlantic_Tech.pdf?VersionId=hcaYEmqBMfgtFX685MrNZVR6v2t2ozW2 Event »Transatlantic Tech and Security: A Conversation with EU Commissioner Thierry Breton«, Friday, January 27, 2023.

fragen nach wie vor tonangebend und arbeiten daran, ihre nationalen militärisch-industriellen Systeme zu stärken. Die Kommission widersetzt sich diesem Ziel, die europäische Verteidigungsindustrie zu »stärken«, keineswegs. Im Gegenteil, sie fungiert als zusätzlicher Anreiz für die Regierungen bei der Militarisierung der EU. Diese Funktion der Kommission interessiert den Mainstream der wissenschaftlichen Literatur kaum. Die zwischen »Neofunktionalismus« und »Supragouvernementalismus«¹⁶ schwankende Literatur konzentriert sich bei ihren Analysen auf die innerbürokratischen Kämpfe, wie sie zwischen der Kommission und dem EDA bestehen, ausschließlich auf den institutionellen Aspekt (Föderalismus vs. Intergouvernementalismus) und lässt die sozioökonomischen Determinanten völlig außer Acht. Dabei sind diese innerbürokratischen Kämpfe ebenso wie die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten nicht auf unterschiedliche Ziele zurückzuführen, sondern betreffen die besten Mittel und Instrumente zur Förderung der Militarisierung der EU.

Industrielle Konzentration und nationale Fragmentierung

Es überrascht nicht, dass die Rüstungsunternehmen die Hauptnutznießer dieser seit etwa zehn Jahren eingeleiteten Erhöhung der Militärbudgets sind. Im Jahr 2021 erwirtschaftete die europäische Verteidigungsindustrie einen Umsatz von 118 Milliarden Euro, wovon 38% (oder 45,1 Milliarden Euro) exportiert wurden. Sie beschäftigte 467.000 Erwerbstätige, die sich zu 37% auf die Luft- und Raumfahrtindustrie (175.000 Erwerbstätige) und zu 67% (292.000) auf die Land- und Schiffsproduktion verteilten.

Während die Luftfahrtindustrie ihren Umsatz (154 Mrd. Euro) zu 68% auf den zivilen und zu 32% auf den militärischen Bereich verteilt, ist die Verteilung der Ausgaben der Unternehmen für Forschung und Entwicklung (FuE) umgekehrt. Diese geben an, ihre FuE-Aktivitäten zu 60% auf den militärischen und zu 40% auf den zivilen Bereich auszurichten. Die Unterrepräsentation der zivilen FuE ist darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen von großzügigen staatlichen FuE-Subventionen profitieren. Öffentliche Finanzierung von FuE Militär bietet für Unternehmen den Vorteil, dass die Eigenkapitalfinanzierung zur großen Zufriedenheit der Aktionäre eingeschränkt wird. Es erleichtert auch die Umsetzung der Industriepolitik der Regierungen, da die staatliche Unterstützung für militärische Forschung und Entwicklung der Kontrolle der WTO (für den Warenhandel) und der OECD (für den Kapitalverkehr) entzogen ist, und zwar im Namen des Schutzes der »wesentlichen Sicherheitsinteressen« eines Landes (eine Formel, die von der WTO und der OECD verwendet wird). Dies hindert Airbus und Boeing – die beide maßgeblich durch Zuschüsse des US-amerikanischen und europäischen Verteidigungsministeriums unterstützt werden – nicht daran, sich seit Jahrzehnten in einem fast permanenten WTO-Streit über die zivile Verwendung dieser öffentlichen Gelder zu befinden.

16 Der erste Ansatz geht davon aus, dass die europäische Integration voranschreitet, weil »eine Situation, in der das ursprüngliche Ziel nur durch weitere Maßnahmen erreicht werden kann, die wiederum eine weitere Bedingung und Notwendigkeit für weitere Maßnahmen schaffen usw.«, siehe Håkansson Calle »The European Commission's new role in EU security and defence cooperation: the case of the European Defence Fund«, *European Security*, 2021,30,4. Der »Supragouvernementalismus« vertritt hingegen die Ansicht, dass der Prozess der Gemeinschaftsbildung weiterhin vollständig von den Mitgliedsstaaten kontrolliert wird.

Die Rüstungsindustrie ist auf einige wenige Mitgliedstaaten konzentriert und wird in diesen von einer Handvoll großer, internationalisierter Konzerne kontrolliert. Es dominieren die Länder mit den höchsten Militärbudgets, Frankreich, Deutschland und Italien. Die Rangliste der europäischen Konzerne (Tabelle 1), die auf der Grundlage der SIPRI-Rangliste der 100 größten Rüstungskonzerne der Welt erstellt wurde, gibt Auskunft über die europäische Verteilung der Rüstungskonzerne. US-amerikanische Konzerne machen 50% des Gesamtumsatzes der weltweiten Top 100 aus. Konzerne, die in einem EU-Land ansässig sind, machen 14% und britische Konzerne 7% des Gesamtumsatzes der 100 größten Konzerne aus.

Tabelle 1: Umsatz von Rüstungskonzernen aus EU-Mitgliedsstaaten (2021, US-Dollar)

Konzern	Land	Umsatz (Rüstungsaufträge, 2021, Mio. Dollar)
Leonardo	Italien	13.870
Airbus	Trans-Europäisch	10.850
Thales	Frankreich	9.770
Dassault Aviation Group	Frankreich	6.250
Safran	Frankreich	5.050
MBDA	Trans-Europäisch	4.960
Naval Group	Frankreich	4.740
Rheinmetall	Deutschland	4.450
Saab	Schweden	4.090
KNDS	Trans-Europäisch	3.030
Fincantieri	Italien	2.980
CEA	Frankreich	2.940
ThyssenKrupp	Deutschland	2.390
Hensoldt	Deutschland	1.610
PGZ	Polen	1.430
Kongsberg Gruppen	Norwegen	1.170
Navantia	Spanien	1.080
Diehl	Deutschland	870
Insgesamt		81.530

Quelle: Serfati, SIPRI-Datenbank. Anmerkung: Das Management von Airbus wird von Frankreich und Deutschland dominiert, KNDS (Landwaffen) ist ein deutsch-französisches Bündnis und die drei Anteilseigner von MBDA (Raketenhersteller) sind Airbus und BAE systems (je 37,5%) sowie Leonardo (25%).

Obwohl der italienische Leonardo-Konzern an der Spitze der EU-Konzerne steht (er wird aber von dem englischen Konzern BAE Systems überholt, der einen doppelt so hohen Rüstungsumsatz hat), dominieren Frankreich und Deutschland bei weitem, zumal die drei transeuropäischen Konzerne (Airbus, MBDA und KNDS) weitgehend von diesen beiden Ländern kontrolliert werden.

Tabelle 2: Umsatzverteilung nach EU-Mitgliedsländern

Land	Anzahl der Konzerne	Anteil am EU-Gesamtumsatz
Frankreich	5	35,3
Deutschland	4	11,4
Trans-Europäisch	3	23,1
Italien	2	17,0
Andere europäische Länder	4	13,2
Quelle: Serfati, SIPRI-Datenbank.		

Diese wenigen großen europäischen Konzerne dominieren die Produktion und die öffentlichen Aufträge (»Procurement«) der Mitgliedsstaaten. In der Tat verfolgen die Regierungen eine mehr oder weniger starke Politik der »nationalen Champions«, die ihnen einen großen Anteil an den öffentlichen Aufträgen sichert. Der spanische Navantia-Konzern wird zu 100% vom spanischen Staat kontrolliert, der norwegische Konzern Kongsberg Gruppen zu 50% vom norwegischen Staat, Leonardo zu 30% und Fincantieri zu 70% vom italienischen Staat, der polnische Konzern PGZ befindet sich fast vollständig unter staatlicher Kontrolle. Der schwedische Konzern Saab hat zwar keine staatliche Beteiligung, aber dennoch bleibt die Aktionärsstruktur stark national geprägt. Die deutschen Konzerne unter den Top 100 kennen diese massive staatliche Beteiligung an ihrem Kapital nicht, wenn man von Hensoldt absieht, an dem die deutsche Regierung 25,1% des Kapitals hält (und Leonardo den gleichen Betrag).

Die Aktionärsstruktur erklärt jedoch nur einen Teil der nationalen Verankerung der Rüstungsunternehmen. Die Rüstungsindustrie ist die Fortsetzung der politischen (hoheitlichen) Funktionen der Verteidigung auf das wirtschaftliche Gebiet. Die Rüstungsindustrie ist somit Bestandteil militärisch-industrieller Systeme (MIS), deren Existenz und Fortbestand auf einer Reihe von politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Faktoren beruht. Ebenso wenig wie die Staaten wurden die MIS durch die »Globalisierung« aufgelöst. Der Platz, den die MIS in der jeweiligen Nationalökonomie einnehmen, hängt von Faktoren ab, unter denen der internationale Status des Landes sowie der Rang seiner militärischen Kapazitäten in der weltweiten Hierarchie, die Stellung des Staates in den sozialen Beziehungen und die Art der industriellen Spezialisierung neben historisch-kulturellen Merkmalen entscheidend sind. Diese bestimmen die jeweiligen ‚nationalen Variationen des Kapitalismus‘. In dieser Hinsicht weist Frankreich einige Besonderheiten auf, die es verdienen, in Erinnerung gerufen zu werden. Neben seiner bereits erwähnten spezifischen internationalen Positionierung gehören dazu vor allem die zentrale Rolle des Staates in den sozialen Beziehungen, die besondere Stellung des Militärs als staatliche Einrichtung, die seit dem Aufkommen des Gaullismus (1958) verstärkt wurde und die oben geschilderte Klasse der ‚kapitalistischen Beamten‘. Die Schwächung der Kapazitäten der französischen Industrie und ihrer Weltmarktposition hat sich in den 2010er Jahren beschleunigt.¹⁷ Die

17 Frankreich weist mit fast allen EU-Ländern (West-, Mittel- und Ost-EU) ein Defizit auf. In Bezug auf die Entwicklung seiner Innovationskapazität zwischen 2016 und 2023 belegt Frankreich den letzten Platz unter den 27 Mitgliedsländern (Quelle: European Innovation Scoreboard 2023).

Rüstungsindustrie und die zivile Luftfahrt – die im Mittelpunkt der seit den 1960er Jahren (de Gaulle) verfolgten Industrie- und Technologiepolitik standen – sind nun die einzigen industriellen Bereiche, die auf den Weltmärkten erfolgreich sind.

Die Unterstützung, die die großen europäischen Konzerne auf ihrem nationalen Territorium von den jeweiligen Regierungen erhalten, hat es ihnen ermöglicht, auf der Ebene der EU (Kommission, Europäisches Parlament, usw.) großen Einfluss auszuüben. Seit den 2000er Jahren sind die Chefs der großen europäischen Rüstungskonzerne in den von der Kommission eingesetzten Arbeitsgruppen vertreten. Von den zwölf Persönlichkeiten, die in der »Advisory Group« von STAR21 im Juli 2002 den von der Kommission beauftragten Bericht »Strategic Aerospace Review for the 21st century¹⁸ verfassten, waren sieben Vorstandsvorsitzende von Rüstungsunternehmen. Zu den 28 Mitgliedern des European Security Research Advisory Board, das 2004 eingerichtet wurde, gehören acht CEOs¹⁹. Die übrigen Mitglieder dieser Arbeitsgruppe waren – wenig überraschend – Parlamentarier und Vertreter von EU-Institutionen, die dem militärischen Establishment nahestehen. Immerhin erinnerte Brüssel sie an eine EU-Formel, die Wirtschaftsvertretern ‚Unparteilichkeit‘ empfiehlt...²⁰

In den letzten Jahren hat die Lobbyarbeit bei der Kommission und dem Parlament im Zuge der Militarisierung der EU stark zugenommen, auch wenn die von den europäischen Rüstungskonzernen eingesetzten Summen bei weitem nicht die in den USA für den gleichen Zweck verausgabten 128 Millionen Dollar (bzw. 823 Mitarbeiter) erreichen.²¹

EU-Programme verstärken den Konzentrationsprozess. So analysierte der Europäische Rechnungshof beispielsweise das Programm ‚Preparatory action on defence research‘ mit einem Budget von 90 Millionen Euro für den Zeitraum 2017-2019. Der Betrag ist bescheiden, sollte aber den Boden für den European Defence Fund (8 Milliarden 2021-2027, aufgeteilt in 2,6 Milliarden für Forschungsmaßnahmen und 5,4 Milliarden für Entwicklungsmaßnahmen) vorbereiten. Der Rechnungshof bilanziert: »Die Projektkoordinatoren und -teilnehmer konzentrieren sich auf eine kleine Anzahl von Ländern mit großer Verteidigungsindustrie«. ²² Frankreich steht mit 47 Teilnehmern an der Spitze, gefolgt von Italien (32), Deutschland (21) und Spanien (20). Die im Verteidigungsbereich tätigen KMU, von denen uns die offiziellen Institutionen sagen, dass es in Europa über 2000 gibt, stellten nur 20% der Teilnehmer, während 31 Organisationen fast 50% der Teilnehmer stellten. Dasselbe Ungleichgewicht besteht auch bei den strukturierten Kooperationsprogrammen (PESCO), die im EU-Vertrag verankert sind und die es Ländern, die »voranschreiten wollen«, erlauben,

18 <http://ruestungsexport-info.de/fileadmin/media/Dokumente/Hintergrundinformationen/EU-Doks/EU-Kommission-Bericht-STAR-21-2002.pdf>

19 [://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Analysen_KOM/KOM_2006_474_Detektionstechniken/Bericht_der_Gruppe_von_Persoenlichkeiten_vom_15-03-04.pdf](https://www.cep.eu/fileadmin/user_upload/cep.eu/Analysen_KOM/KOM_2006_474_Detektionstechniken/Bericht_der_Gruppe_von_Persoenlichkeiten_vom_15-03-04.pdf)

20 »Die Mitglieder sind in persönlicher Eigenschaft tätig und beraten die Kommission unabhängig von externen Weisungen«, <https://www.legislation.gov.uk/eudn/2005/516/adopted>.

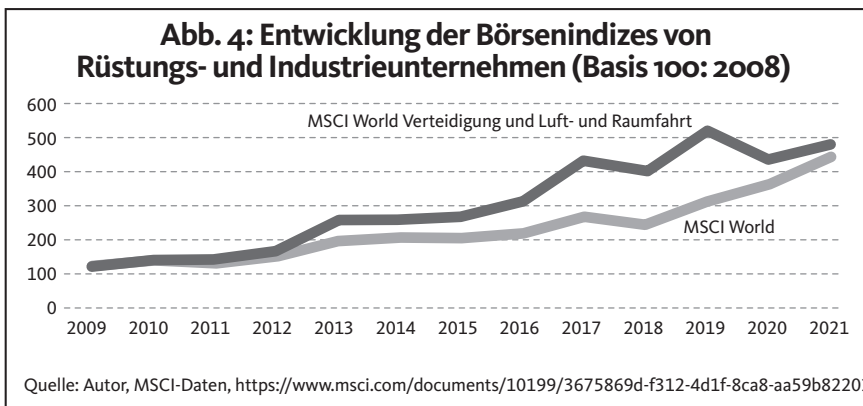
21 <https://www.opensecrets.org/federal-lobbying/sectors/summary?id=D&cycle=2022>.

22 European Court of Auditors, »The Preparatory action on defence research« 2023,10, p.32.

gemeinsame Rüstungsprogramme zu starten. Vier Länder führen 55% der PESCOs durch: Frankreich (22%), Italien (22%), Spanien (13%) und Deutschland (12%).²³

Die Attraktivität der Verteidigungsindustrie auf den Finanzmärkten

Die wenigen großen europäischen Rüstungskonzerne, die das Rückgrat der Rüstungsindustrie bilden, müssen wie die großen Konzerne in den zivilen Sektoren als Finanzkonzerne mit industrieller Spezialisierung bezeichnet werden.²⁴ Obwohl sich die Präsenz von Finanzinvestoren (Pensions- und Mutual Funds etc.) im Kapital der Konzerne der kontinentalen Länder einerseits und der amerikanischen und britischen Konzerne andererseits unterscheidet, ist ihnen die Strategie der »Schaffung von Wert für die Aktionäre« (shareholder value) gemeinsam. Die Finanzmedien achten sehr auf die Performance von »Big Tech« und erwähnen Rüstungskonzerne nur, wenn es zu größeren geopolitischen Krisen kommt. Es stimmt, dass Rüstungskonzerne seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine einen Hype erleben, da zwischen Mai 2022 und Mai 2023 der Börsenwert der meisten Rüstungskonzerne deutlich stärker gestiegen ist als der aller Industriekonzerne.²⁵ Viel bedeutsamer ist jedoch, dass Rüstungskonzerne über einen längeren Zeitraum hinweg sichere Werte für Finanzinvestoren darstellen. Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, schneiden Rüstungswerte im Zeitraum 2009-2022 besser ab als Industriewerte. Der Aktienindex der US-Rüstungskonzerne übertraf in den Zeiträumen 2000-2009 und 2010-2019 die Aktien des S&P500-Index jeweils um fast 120 % übertraf.²⁶



23 Crosson Dylan Macchiarini, «EU Defence Projects. Balancing Member States, money and management», CEPS Policy Brief, 2021-02, decembre 2021.

24 Claude Serfati, «Transnational corporations as financial groups», Work Organisation, Labour & Globalisation, 2011, 5. 1.

25 Mit besonderer Erwähnung von Rheinmetall, dessen Börsenwert sich zwischen Dezember 2021 und Juni 2023 verdreifacht hat, Reuters, 10 juin 2023, <https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/rheinmetall-could-be-worth-17-blm-euro-over-medium-term-ceo-2023-06-10/>

26 <https://spadeindex.com/defense/trends/>.

(Dabei ist zu beachten: Der MSCI World (»Morgan Stanley Capital International«) umfasst mehr als 1.500 Aktienwerte aus 23 Industrieländern. Der MSCI World defense & aero umfasst mehrere Dutzend Konzerne, von denen die Top 10 mehr als 80% des Gesamtwerts der Konzerne in diesem Sektor ausmachen. Die Top 10 setzen sich aus sieben US-Konzernen, Airbus und Safran (Frankreich) und BAE systems (Großbritannien) zusammen.)

Während die Mainstream-Wirtschaftstheorie unterstellt, dass die »Märkte den Krieg nicht mögen«, sind Finanzkapital und Militarismus tatsächlich zwei Säulen des zeitgenössischen Imperialismus.²⁷ Die »Märkte« lassen sich nicht von den Dutzenden von Konflikten abschrecken, die den Planeten zerreißen und die ein Bestandteil der real existierenden Globalisierung sind.

Militarisierung und europäischer Imperialismus

Imperialismus ist ein Begriff, der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wieder an Bedeutung gewonnen hat. Dieses erneute Interesse kam jedoch weniger von Seiten der Marxisten als vielmehr von den herrschenden Denkern. Ein Teil der zeitgenössischen Marxisten ist nämlich der Ansicht, dass der Begriff selbst zum Zeitpunkt seiner Entwicklung nicht geeignet war, um die Realität zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu beschreiben (Panitch und Gindin), bzw. dass er den Bedingungen des 21. Jahrhunderts nicht gerecht wird (Wood). Es waren vorwiegend die Mainstream-Theoretiker, die dem Begriff neue Aktualität verliehen, um die Existenz einer »Achse des Guten« zu rechtfertigen, die die zivilisierten Nationen (die westlichen Länder) bilden müssten, um gegen »Terroristen« und andere Personen vorzugehen, die die Werte der Zivilisation bedrohen. R. Cooper sprach von einem »neuen liberalen Imperialismus«, der der postmodernen Welt angepasst sei. Die Herausforderung dieser neuen Welt bestehe darin, »sich an die Idee doppelter Standards zu gewöhnen. Unter Unseresgleichen handeln wir auf der Grundlage von Regeln und offener kooperativer Sicherheit. Wenn wir es aber mit eher altmodischen Staaten außerhalb des postmodernen Europas zu tun haben (...) müssen wir ebenfalls die Gesetze des Dschungels anwenden.«²⁸ R. Cooper ist kein Außenseiter. Als er dies schrieb, war er Berater von J. Solana²⁹ – der die EU als »Kraft des Guten« bezeichnete –, nachdem er zuvor Berater von T. Blair war. Obwohl Cooper ein einflussreicher Denker ist, dürften seine Formulierungen dem europäischen Establishment übertrieben vorgekommen sein. Der von ihnen als akzeptabler empfundene Begriff »Empire« wird daher allgemein vorgeschlagen. José Manuel Barroso, langjähriger EU-Kommissar, bevor er zu Goldman Sachs ging, um den Brexit zu bewältigen, sagte über die EU: »Wir haben zwar die Dimensionen eines Empire, aber da gibt es einen großen Unterschied. Imperien wurden in der Regel mit

27 Siehe Claude Serfati, »Finance Capital and Militarism as Pillars of Contemporary Capitalism«, in: Judith Dellheim und Frieder Otto Wolf (Hrsg.), Rudolf Hilferding. What Do We Still Have to Learn from His Legacy?, Palgrave Macmillan, London, 2023.

28 Robert Cooper, »The new liberal imperialism«, The Guardian, 7. April 2002.

29 Javier Solana war 1995–1999 Nato-Generalsekretär, anschließend bis 2009 Generalsekretär des Rates der EU und zuständig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. (Anm. Red. Z)

Gewalt errichtet, wobei ein Zentrum den anderen seinen Willen diktierte. Wir aber haben das erste nicht-imperiale Empire.«³⁰

Der kühne Bezug auf den Begriff des Empire beruht auf der Vorstellung, dass die EU zivilisatorische Werte vertritt und diese auf friedliche Weise durchsetzt. Eine breite Mainstream-Literatur beschäftigt sich mit der normativen und kosmopolitischen Macht der EU, was explizit oder implizit auf die Analysen von Habermas verweist. Um diese Art von Macht, die per Definition friedlich ist, umzusetzen, setzt die EU wirtschaftliche und kulturelle Mittel ein, was in der Sprache des Politikwissenschaftlers J. Nye auf Hard- bzw. Soft Power verweisen würde. Dieses Verhalten verleiht der EU eine normative Macht, die auf Werten wie Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit (»rule of law«), Demokratie, gute Regierungsführung usw. beruht.³¹

Einige Forscher haben jedoch darauf hingewiesen, dass der Unterschied zwischen einer Außenpolitik, die auf »normativer Macht«, d. h. auf Dialog und Konsensbildung, beruht, einerseits, und einem »soft imperialism«, der auf asymmetrischen Beziehungen und dem Erzwingen von Normen zur Förderung greifbarer europäischer Interessen beruht, andererseits, oft unsichtbar ist.³²

Das Konzept des Imperialismus, das in diesem Artikel vorgeschlagen wird, hat einen Inhalt, der weit von dem des Mainstreams entfernt ist. Er greift das von Marxisten Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte Konzept auf und aktualisiert es. Die Ansätze waren zwar unterschiedlich, von Hilferding bis Rosa Luxemburg, von Bucharin bis Trotzki. Die gemeinsame Grundlage dieser Theorien ist aber, dass die Konfiguration der Welt bestimmt wird durch die ständige Interaktion zwischen der Dynamik der Kapitalakkumulation einerseits und der Organisation des internationalen Staatensystems andererseits.

Dieses hier vorgestellte Konzept des Imperialismus steht natürlich im Gegensatz zu den vorherrschenden Wirtschaftstheorien, die den Planeten als einen »großen Markt« verstehen. Es widerspricht auch jenen Annahmen, die die »globalisierte« Welt auf dem Weg zur Herausbildung eines transnationalen kapitalistischen Staats bzw. zur Entstehung einer transnationalen kapitalistischen Klasse sehen, welche die Weltgeschäfte führen. Imperialismustheorien gehen dagegen davon aus, dass die kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse und ihre Reproduktion politisch konstruiert und territorial abgegrenzt sind.³³ In diesem Sinne bezeichnet Imperialismus sowohl eine Struktur der Beherrschung des globalen Raums als auch besondere Praktiken von Nationalstaaten. Die Dominanz einiger Länder, die es ihnen ermöglicht, sich einen Teil der außerhalb ihres Territoriums geschaffenen Werte anzueignen, ist begründet durch eine Mischung aus wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit (der »internationalen Wettbewerbsfähigkeit«, wie die Ökonomen sagen) und militärischen Fähigkeiten. Die imperialistischen Länder gewichten die wirtschaftlichen und militärischen Hebel

30 Honor Mahony, «Barroso Says EU is an Empire», EU observer, 11 July 2007, <https://euobserver.com/institutional/24458>

31 Manners, I. «Normative Power Europe: A Contradiction in Terms?» *JCMS: Journal of Common Market Studies*, 2002, 40.

32 Björn Hettne und Fredrik Söderbaum, 'Civilian Power of Soft Imperialism? The EU as a Global Actor and the Role of Interregionalism'. *European Foreign Affairs Review*, Vol. 10 (2005), No. 4, p.16.

33 Claude Serfati, «The new configuration of the capitalist class», *Socialist Register 2014: Registering Class*.

unterschiedlich. Die Unterschiede sind sogar in Europa zu beobachten³⁴, dem Gebiet, auf dem die imperialistischen Länder entstanden sind – fünf der sechs EU-Gründungsstaaten haben eine imperialistische Vergangenheit. Deutschland hat seine globale Position eindeutig auf der Stärke seiner Industrie aufgebaut, während Frankreich unter den westlichen Ländern neben den USA das einzige ist, das in seiner internationalen Positionierung wirtschaftliche Stärken und militärische Macht eng miteinander verbindet. So weigerte sich Deutschland, für die UN-Resolutionen über den 2011 von Frankreich vorgeschlagenen Kriegseintritt gegen Libyen zu stimmen, und distanzierte sich 2013 von der französischen Intervention in Mali.

Die Europäische Union hat, wie gezeigt, bei ihrem Aufbau die Entwicklung eigener militärischer Fähigkeiten ausgeschlossen und Verteidigungsfragen ausschließlich den Mitgliedsstaaten überlassen. Dadurch sollte die EU von militärischen Abenteuern außerhalb ihrer Grenzen abgehalten werden. Zudem richtete sich diese Entscheidung auch gegen die Entfaltung von militaristischem Wettstreit zwischen den EU-Ländern. Doch obwohl der Aufbau der Gemeinschaft eigene militärische Fähigkeiten der EU ausschloss, war das europäische Projekt stets von imperialen Ambitionen geprägt. Dies kam in seinen Beziehungen zu anderen Regionen der Welt zum Ausdruck, die als *European Neighbourhood Policy* bezeichnet werden. Dies betrifft Afrika, das in einer kürzlich veröffentlichten Mitteilung der Kommission als »Zwillingskontinent« (»twin continent«) bezeichnet wird, ein Ausdruck, der den kolonialen Paternalismus widerspiegelt.³⁵ Die imperiale Ausdehnung zeigt sich auch in Lateinamerika, aber noch mehr in den aufeinanderfolgenden Osterweiterungen. Tatsächlich reproduzieren die politischen Bedingungen für den Beitritt zur EU die Regeln der imperialen Ordnung des neunzehnten Jahrhunderts.³⁶ Die »Zivilisationsstandards«, nach denen die europäischen Länder entschieden, welche Nation in den Beziehungen mit Europa »eligible (or civilised)« sei, sind ein Erbe des im 16. und 17. Jahrhundert von Juristen (insbesondere Grotius) entwickelten Rechts und wurden in den internationalen Verträgen des 19. Jahrhunderts angewandt. Diese »Standards« basieren auf drei Elementen: der Überzeugung, dass es Aufgabe der europäischen Staaten sei, diese Standards zu definieren; Regelungen, die einen Zeitplan und Rhythmus für die Zusammenarbeit zwischen europäischen und nicht-europäischen Ländern vorgeben; und schließlich einem geopolitischen Modell der Weltordnung, das die europäischen Staaten ins Zentrum und die Regionen mit politisch weniger entwickelten Staaten an die Peripherie stellt. Andere Forscher lassen sich von den in den 1970er Jahren insbesondere in Lateinamerika formulierten Dependenztheorien inspirieren und wenden diese auf den EU-Erweiterungsprozess an.³⁷

34 Das Vereinigte Königreich zeichnet sich durch eine militärische Beteiligung aus, die vollständig mit dem US-Militär verschweißt ist, und hat das Ziel, das Finanzkapital und die City in der Weltspitze zu halten.

35 Joint Communication To The European Parliament And The Council, «Towards a comprehensive Strategy with Africa», JOIN/2020/4 final.

36 Hartmut Behr, *The European Union in the Legacies of Imperial Rule? EU Accession Politics viewed from an historical comparative perspective*. *European Journal of International Relations* 13(2), 2007, S. 239–262.

37 Rudy Weissenbacher, «Peripheral integration and disintegration in Europe: the 'European dependency school' revisited», *Journal of Contemporary European Studies*, Volume 26, 1 (2018), S. 81–98.

Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Militär in Europa

Die Politik der EU verweist auf ihren Wirtschaftsimperialismus. Zu untersuchen wären nun die Wechselwirkungen mit der Militarisierung. Die militärischen Fähigkeiten der EU zu übersehen wäre zutiefst falsch. Bereits vor den 2000er Jahren war die EU in zweierlei Hinsicht militarisiert. Einerseits waren mehrere Mitgliedstaaten in der Rangliste der weltweiten Militärausgaben ganz oben zu finden. Frankreich und Großbritannien, die über Atomwaffen verfügen, sind ständige Mitglieder im UN-Sicherheitsrat. Die militärische Macht Frankreichs ist absolut zentral für das Verständnis der Beziehungen, die die EU mit einem Teil des afrikanischen Kontinents unterhält und die als neokolonial bezeichnet werden können.³⁸ Die sogenannte »normative Macht« der EU wurde und wird immer noch durch die Präsenz der französischen Armee in ihren ehemaligen Kolonien untermauert. Zwar wird die Herrschaft über Afrika nicht mehr direkt durch militärische Repression ausgeübt, aber sie besteht insbesondere durch den Status Frankreichs (und Großbritanniens) als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat fort. Dies gibt diesen beiden Ländern die Möglichkeit, als ‚penholders‘ von UN-Resolutionsentwürfen zu Afrika zu agieren. Für Frankreich stellt dieses Privileg eine Möglichkeit dar, seine aktive militärische Präsenz in der Sahelzone von der ‚internationalen Gemeinschaft‘ legitimieren zu lassen. Die Bedeutung dieses Privilegs wurde deutlich, als Präsident N. Sarkozy – in Absprache mit dem britischen Premierminister D. Cameron – 2011 im Sicherheitsrat eine Resolution gegen Gaddafi verabschiedete, die zu einem Krieg führte, dessen verheerende Auswirkungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ein weiteres Element, das die militärische Rolle der EU bestätigt, ist, dass fast alle ihre Mitgliedstaaten auch NATO-Mitglieder sind und als solche mindestens 2% ihres BIP für Militärausgaben aufwenden müssen. Die Nähe zwischen der EU und der NATO wird auf der NATO-Website wie folgt dargestellt: »Abgesehen davon, dass die beiden Organisationen größtenteils aus denselben Staaten bestehen, teilen sie dieselben Werte und stehen ähnlichen Bedrohungen und Schwierigkeiten gegenüber.«³⁹

Der Gegenstand der Debatte ist also nicht die Behauptung einer militärischen Ohnmacht der EU, sondern die Analyse der Beziehungen, die die EU zwischen ihrem Wirtschaftsimperialismus und ihren militärischen Fähigkeiten herstellt. Denn die Innovation liegt nicht in einem europäischen Militarismus, der in Wirklichkeit schon seit Jahrhunderten existiert, sondern in den auf EU-Ebene erzielten militärisch-sicherheitstechnischen Fortschritten, die Anfang der 2000er Jahre ihren Aufschwung nahmen. Der von Russland begonnene Krieg gegen die Ukraine ermöglicht ein besseres Verständnis der Natur dieser Beziehungen. Einerseits bietet dieser Krieg der EU eine hervorragende Gelegenheit, ihre Vorstöße in Richtung Osteuropa und Zentralasien fortzusetzen. Ein einflussreicher deutscher Think Tank stellt mit Genugtuung fest, dass die im Juni 2022 getroffene Entscheidung, Moldau und der Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten und Georgien den Status eines potenziellen Beitrittskandidaten zu gewähren, bedeute, dass »die Jahrzehnte alte rote Linie, sich nicht

38 A. Sepos, Imperial power Europe? The EU's relations with the ACP countries. *Journal of Power*, 6 (2), 2013, S. 261-288.

39 https://www.nato.int/cps/fr/natohq/topics_49217.htm

weiter nach Osten auszudehnen, überschritten wurde.«⁴⁰ Die wirtschaftlichen Ziele sind offensichtlich. Ob die EU jedoch über ihre östlichen »Schwellen« hinaus in den Kaukasus und nach Zentralasien expandieren kann, hängt von ihrer Fähigkeit ab, den militärischen Schutz der Kandidatenländer zu gewährleisten. Seit Ende der 1990er Jahre und noch deutlicher seit Ende der 2010er Jahre dienen die Initiativen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Dimensionen Verteidigungsindustrie, -haushalt und -kapazitäten diesem Ziel.

Allerdings kann der Schutz des europäischen Ostens trotz dieser Fortschritte nicht allein von der EU gewährleistet werden. Die NATO, d. h. die USA, ist unverzichtbar. Die Militarisierung der EU wird daher eine stärkere Integration der Kapazitäten der EU und der Mitgliedstaaten in die NATO erfordern. Weit entfernt von der obskuren Debatte über »strategische Autonomie«, die die Brüsseler Think Tanks führen, besteht die Realität darin, dass sich militärische Interventionen, die die EU allein durchführen kann – zum Beispiel »Krisenbewältigungsoperationen« – und solche, die ein Eingreifen der NATO, also eine amerikanische Führung, erfordern, gegenseitig ergänzen. Auf jeden Fall besteht der »europäische Pfeiler der NATO«, wenn der Ausdruck wörtlich genommen wird, nicht nur aus der EU, sondern erfordert auch die Einbeziehung Großbritanniens, dessen Militärhaushalt der größte in Europa ist.

Einige Wissenschaftler meinen, dass die Bildung eines einheitlichen europäischen Blocks um eine gemeinsame Währung und Gemeinschaftsinstitutionen, die zunehmend mit wirtschaftlichen und militärischen Kompetenzen ausgestattet werden, zu militärischen Rivalitäten mit den USA führen würde. Ihrer Meinung nach würde die Schaffung einer europäischen Verteidigung daher demselben Prozess folgen, der in zwei Jahrzehnten zur Schaffung der gemeinsamen Währung geführt hat, um die Interessen der EU auch gegen die USA zu schützen.⁴¹ Andere meinten, da sowohl die USA als auch die EU Imperien seien, sei eine Konfrontation wahrscheinlich, denn »die USA sehen Europa als eine ihrer wichtigen Peripherien, was mit den imperialen Ambitionen der EU kollidiert«⁴². Abgesehen von der Tatsache, dass die aktuelle Verschärfung der internationalen Spannungen diese Hypothesen widerlegt und im Gegenteil die Vorherrschaft der USA bestätigt hat, ist es notwendig, einen Rahmen für die Analyse der Beziehungen zwischen den USA und der EU zu schaffen. Zum Zeitpunkt des Irakkriegs 2003 schlug ich den Begriff des »hierarchischen transatlantischen Blocks« vor, anstelle des Begriffs des (amerikanischen) Imperiums, das die europäischen Länder zu Vasallen erklärt. Der geoökonomische Raum, der die »westlichen Länder« vereint, hat als Kern Nordamerika und Europa, aber man kann auch einige Länder des asiatisch-pazifischen Raums dazuzählen, die üblicherweise dem »westlichen« Block zugeordnet werden und mit denen die USA militärische Bündnisse entwickelt haben (Australien, Südkorea, Japan usw.). Der »transatlantische Block« – genauer gesagt seine euroatlantische Achse –, der gegen die UdSSR und China gerichtet ist, beruht auf einem soliden Dreifuß: einer zunehmenden wirtschaftlichen

40 <https://dgap.org/en/research/publications/russias-war-ukraine-rethinking-eus-eastern-enlargement-and-neighborhood>

41 G. Carchedi, »Remarx« (2011), *Rethinking Marxism*, 2006, 18(2), p. 335–336.

42 J. Zielonka, »America and Europe: two contrasting or parallel empires?« *Journal of Political Power*, 2011, 4(3), p.350.

Integration von Finanz- und Industriekapital, einem Militärbündnis (der NATO) und einer Wertegemeinschaft, die Marktwirtschaft, Demokratie und Frieden miteinander verbindet. Militärische Konflikte zwischen den Ländern des transatlantischen Blocks sind ausgeschlossen, vor allem wegen der unbestrittenen militärischen Überlegenheit der USA und auch wegen der intensiven transatlantischen Finanz- und Industrieverflechtungen.

Dennoch behalten die wenigen imperialistischen Länder, die diesen Block bilden, eine eigene Existenz und spezifische Interessen, die sie auf den Weltmärkten in Konkurrenz zueinander bringen, auch auf ihren angestammten Territorien (USA und Europa). Man kann hier an Marx' Bemerkung erinnern, dass die »Kapitalisten, sosehr sie in ihrer Konkurrenz untereinander sich als falsche Brüder bewähren, doch einen wahren Freimaurerbund bilden gegenüber der Gesamtheit der Arbeiterklasse«. ⁴³ Dies lässt sich auf die Beziehungen innerhalb des transatlantischen Blocks anwenden.

Spezielle nationale Interessen sind nach wie vor an Staaten gebunden. Aus diesem Grund sind Thesen kritikwürdig, die zu dem Schluss kommen, dass die EU nach der Schaffung einer einheitlichen Währung unaufhaltsam auf eine integrierte europäische Verteidigung zusteuern würde. Die einheitliche Währung war das Ergebnis einer deutsch-französischen politischen Übereinkunft im spezifischen Kontext des Auseinanderbrechens Jugoslawiens (1991). Sie entsprach den gemeinsamen Interessen des Industrie- und Bankkapitals Deutschlands, Frankreichs und anderer Länder und war gedacht sowohl als Schutzinstrument gegen konkurrierende Länder in Amerika und Asien als auch als Mittel zur Durchsetzung verstärkter Sparmaßnahmen gegen die Lohnabhängigen.

Die Ebene, auf der sich Verteidigungsfragen bewegen, ist eine andere als die der Währung. Die Verteidigung ist, ebenso wenig wie die politische Macht im Allgemeinen, kein »Überbau«, der auf den sozialen Beziehungen (die fälschlicherweise mit der Wirtschaft identifiziert werden) liegt. Die staatlichen Institutionen, zu denen das Militär als zentraler Bestandteil gehört, sind im Gegenteil voll und ganz Teil dieser sozialen Beziehungen, sie tragen zu ihrer Organisation und mehr noch zu ihrer Reproduktion bei. Da sie sich über die Militarisierung der EU einig sind, schützen die Mitgliedsstaaten ihre jeweiligen MIK. Kooperative Rüstungsprojekte bleiben auf einem sehr niedrigen Niveau (weniger als 10% der Militärausgaben der Mitgliedstaaten) und sind im letzten Jahrzehnt sogar gesunken (weniger als 20% bei Ausrüstungsprogrammen, weniger als 5% bei F&E-Programmen). Die NATO ist der Eckpfeiler ihrer Verteidigung. Die NATO ist sozusagen ihre »gemeinsame Währung«.

Zusammengefasst: Militarisierung der EU: ja; Bildung eines einheitlichen europäischen Imperialismus um seine Verteidigung herum: nein.

43 Karl Marx, Das Kapital, Band 3, MEW 25, Berlin 1964, 10. Kapitel, S. 208.